

# Stadt Speyer

Stadtverwaltung Speyer 67343 Speyer

Bundesamt für Strahlenschutz  
Willy-Brandt-Straße 5  
38226 Salzgitter-Lebenstedt



**Frank Scheid**  
Beigeordneter

**Stadthaus**  
Maximilianstraße 100  
67346 Speyer  
Zimmer 118

16.01.2012

Auskunftserteilung gemäß § 3 Absatz 2 Umweltinformationsgesetz über amtliche Daten mit Spitzen- und Halbstundenwerten beim Brennstäbwechsel im Kernkraftwerk Philippsburg  
Geplante bauliche Nachrüstung des Zwischenlagers am Standort des KKP

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Stadtrat der Stadt Speyer hat sich in seiner Sitzung am 15.12.2011 mit einem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu radioaktiven Emissionen während der Revisionen im Kernkraftwerk Philippsburg befasst. Diesen Antrag füge ich zu Ihrer Information bei.

Mit einstimmigem Beschluss des Stadtrates wurde die Stadtverwaltung Speyer in dieser Sitzung beauftragt, detaillierte Daten mit Spitzen- und Halbstundenwerten zu radioaktiven Emissionen während des Wechsels von Brennelementen zu erfragen. Die Emissionswerte sollen ebenfalls den Zeitraum vor und nach einem Brennelementewechsel umfassen, um einen Vergleich der unterschiedlichen Zeiträume mit ihren jeweiligen Emissionen zu ermöglichen.

Wir bitten Sie daher, uns auf der Grundlage des Umweltinformationsgesetzes die entsprechenden Emissionsdaten für die genannten Zeiträume aus den Messprogrammen „Überwachungs- und Bilanzierungsmessungen des Betreibers“ sowie „Kontrolle der Bilanzierungsmessungen des Betreibers durch unabhängige



**Telefon**  
(06232) 142436

**Telefax**  
(06232) 142830

**E-Mail**  
frank.scheid@stadt-speyer.de

Messstellen“ zu überlassen (Aktivitätskonzentrationen und –ableitung radioaktiver Stoffe mit der Fortluft, radioaktive Edelgase, an Aerosolpartikeln gebundene beta- und gammastrahlende Radionuklide und J-131 als Referenznuclid für die Jodisotope).

Weiterhin wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns über den Verfahrensstand zur baulichen Nachrüstung des Standortzwischenlagers am KKP informieren würden. Wie einer Veröffentlichung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu entnehmen ist, sollen alle Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland zum Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter baulich nachgerüstet werden.

Für Ihre Bemühungen möchten wir uns vorab bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Frank Scheid  
Beigeordneter

**Stadt Speyer**  
Beigeordneter

Brief vom  
27. Februar 2012  
Seite 2